

ExtraBlatt

ZEITUNG FÜR DIE BÜRGER DER DDR

Die SPD ist wieder da

Sozialdemokraten wollen am 6. Mai Regierungsmehrheit / Für Einheit der Nation
Vermögen von der SED zurückgefordert / Ökologie und soziale Marktwirtschaft

Es gibt sie wieder in der DDR, endlich: die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Mit einer Zustimmung von fast hundert Prozent beschloß die erste landesweite Delegiertenkonferenz am 13. Januar in Berlin die Umbenennung. Als „SDP – Sozialdemokratische Partei der DDR“ hatte sie sich – noch in der Illegalität – am 7. Oktober letzten Jahres gegründet.

Deutlich wurde auf der Berliner Konferenz: Nach der Wahl am 6. Mai will die SPD Regierungsverantwortung übernehmen. Vorstandssprecher Stephan Hilsberg: „Hauptziel ist es, die SED-PDS zu entmachten.“ Und: „Eine Koalition mit ihr ist ausgeschlossen.“

Ähnlich äußerte sich auch der 2. Sprecher des SPD-Vorstands, Markus Meckel: „Wir suchen die Macht. Wir wollen sie, weil wir niemanden sehen, bei dem sie besser aufgehoben wäre als bei uns.“

Nahezu einstimmig sprachen sich die 440 Delegierten nach zum Teil heftiger Diskussion für die Einheit der Nation aus: „Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur Einheit der deutschen Nation. Ziel unserer Politik ist ein geeintes Deutschland.“ Der Beschluß wurde begeistert gefeiert.

Mit dem neuen Namen bekennen sich die Sozialdemokraten in der DDR zur Tradition der 1946 in die SED gezwungenen SPD. Gleichzeitig machen sie ihren Anspruch auf das ehemalige SPD-Vermögen geltend, das 1933 von den Nazis beschlagnahmt worden war und 1946 zwangsweise an die SED ging.

Hilsberg nannte es einen Hohn, wenn SED-PDS-Chef Gregor Gysi sich auf sozialdemokratische Traditionen berufe, die in seiner Partei vierzig Jahre lang unterdrückt worden seien.

Von dem SED-PDS-Vorsitzenden forderte die 70jährige SPD-Veteranin Käthe Wolthemath unter stürmischem Beifall: „Herr Gysi, geben Sie uns aus dem SED-PDS-Parteiabzeichen unsere Hand zurück!“

Der Vorsitzende der SPD in der Bundesrepublik, Hans-Jochen Vogel, nannte die Umbenennung in seinem Grußwort vor den Delegierten eine „historische Entscheidung“. Damit sei ein Schlußstrich unter die bedrückendsten Abschnitte in der Geschichte der Sozialdemokratie auf deutschem Boden gezogen worden. Der gemeinsame Name sei ein Stück gemeinsamer Identität – und Verpflichtung.

Programmatisch sprach sich die Delegiertenkonferenz für eine „ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft mit gemischter Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen“ aus. Die natürliche Umwelt sei durch Einbeziehung ökologischer Kosten in das Marktgeschehen zu bewahren, heißt es in einem Programmtext, der auf dem Parteitag Ende Februar in Leipzig verabschiedet werden soll.

In dem Entwurf stellt sich die SPD in die Tradition von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Vorstandsmitglied Sabine Legger brachte es auf den Nenner: „Alles spricht für die Demokratie, vieles spricht für die Sozialdemokratie.“



„Wir sind wieder da!“ Nach der landesweiten Delegiertenkonferenz in Berlin versammelte sich eine riesige Menschenmenge zur Demonstration auf dem Alexanderplatz.

Sozialdemokraten fordern ihr altes Vermögen zurück SED raubte fremdes Eigentum

Der SPD geht es bei den Wahlen am 6. Mai vorrangig um die politische Entmachtung der SED. Es geht ihr aber bei der Auseinandersetzung mit der Einheitspartei auch um die teilweise wirtschaftliche und publizistische Entmachtung: Die Sozialdemokraten erheben, nunmehr als SPD, zugleich den Anspruch auf das alte Parteivermögen.

Diese Vermögenswerte waren 1933 erst von den Nazis beschlagnahmt und dann 1946, nach der Zwangsvereinigung, von der SED einfach kassiert worden. „Unschätzbare Werte“, wie manche sagen, denn zu ihrem auf 1946 bezogenen Buchwert können die seitdem in die SED-Kasse geflossenen Erlöse mit Zins und Zinseszins hinzukommen.

Vor 1933 hatte die SPD – vor allem in den Industriegebieten um das heutige Karl-Marx-Stadt,

um Leipzig und Magdeburg sowie in Berlin ihre Mitglieder- und Wählerhochburgen. Entsprechend bedeutsam war ihr Eigentum und Besitz an Grundstücken, Häusern, Verlagen, Druckereien, Parteibüros, Lagern, Büchereien und Archiven.

Teilweise existieren noch heute Grundbucheintragen der damals zur SPD gehörenden Arbeiterwohlfahrt, die die kurzfristige Räumung auch bedeutsamer SED-Einrichtungen begründeten ließen. Die Prüfung geeigneter rechtlicher Schritte ist eingeleitet.

Im Bonner „Archiv der sozialen Demokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung komplettieren sich die Unterlagen für diese Forderungen. Eine davon, auf rosarotem Papier, ist eine SED-Hausmitteilung vom 11. Juni 1948, die fein säuberlich den „Gesamtwert des verlorenen Eigentums der

Arbeiterorganisationen“ vorrechnet: damals rund 93,4 Millionen Reichsmark.

In vergilbten Mappen des Archivs sind die Listen des SPD-Eigentums aufbewahrt, das den Nazis 1933 in die Hände gefallen ist. Für den damaligen SPD-Landesverband Magdeburg macht es allein 653 000 Reichsmark aus, Gegenwert für das Parteihaus, für Verlag und Zeitung („Volksstimme“), für Immobilien, Maschinen und Fahrzeuge.

Jetzt will die SPD zurück, was ihr genommen wurde. Dienen doch die der SPD geraubten Verlage, Zeitungen, Druckereien und Bürogebäude der SED heute ausgerechnet dabei, die Chancengleichheit der Sozialdemokraten und der anderen Oppositionsgruppen im Kampf um eine neue Regierungsmehrheit zu zementieren.

Bekanntnis zur Einheit

Die SPD bekennt sich zur Einheit der deutschen Nation. Auf ihrer Delegiertenkonferenz Mitte Januar in Berlin wurde mit überwältigender Mehrheit (bei nur 3 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen) folgende Erklärung verabschiedet:

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur Einheit der deutschen Nation. Ziel unserer Politik ist ein geeintes Deutschland. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung der DDR wird die notwendigen Schritte auf dem Weg zur deutschen Einheit in Abstimmung mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gehen.

Was sofort möglich ist, soll sofort geschehen. Eine sozial-

demokratische Regierung wird einen Wirtschafts- und Währungsverbund als vorrangige Aufgabe in Angriff nehmen.

Alle Schritte des deutschen Einigungsprozesses müssen in den gesamteuropäischen Einigungsprozeß eingeordnet sein. Denn wir wollen die deutsche Einheit nur mit der Zustimmung aller unserer Nachbarn. Ihre Grenzen sind für uns unantastbar.

Wir erstreben eine europäische Sicherheits- und Friedensordnung. Wir sehen dabei für uns die besondere Verantwortung, den Demokratisierungsprozeß und die wirtschaftliche Erneuerung in Osteuropa zu fördern.